

No. 27686

**AUSTRIA
and
SWITZERLAND**

**Agreement concerning relations in the field of films (Co-
Production Agreement Austria-Switzerland) (with annex
and exchange of notes). Signed at Vienna on 11 May 1990**

Authentic text: German.

Registered by Austria on 30 November 1990.

**AUTRICHE
et
SUISSE**

**Accord relatif aux relations en matière de films (Accord rela-
tif aux coproductions Autriche-Suisse) [avec annexe et
échange de notes]. Signé à Vienne le 11 mai 1990**

Texte authentique : allemand.

Enregistré par l'Autriche le 30 novembre 1990.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK
ÖSTERREICH UND DEM SCHWEIZERISCHEN BUNDESRAT
ÜBER DIE BEZIEHUNGEN AUF DEM GEBIETE DES FILMS
(KOPRODUKTIONSABKOMMEN ÖSTERREICH-SCHWEIZ)

Die Regierung der Republik Österreich
und
der Schweizerische Bundesrat,

in dem Bestreben, die Zusammenarbeit beider
Staaten auf dem Gebiete des Films weiterzuentwickeln,

von dem Wunsch geleitet, die Gemeinschaftsproduktion von Filmen, die dem Filmschaffen beider
Länder förderlich sein können, zu vertiefen und zu
begünstigen,

sind wie folgt übereingekommen:

Gemeinschaftsproduktion

Artikel 1

Die Vertragsparteien werden Filme, die von
Produzenten beider Staaten in Gemeinschaftsproduktion hergestellt werden, im Rahmen des jeweils
geltenden innerstaatlichen Rechts nach den Bestimmungen dieses Abkommens behandeln.

Artikel 2

(1) Filme, die im Rahmen dieses Abkommens in
Gemeinschaftsproduktion hergestellt worden sind, werden unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 4 Ziffer 8 als inländische Filme angesehen.

(2) Beihilfen, Förderungsmittel und sonstige
finanzielle Vorteile, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei gewährt werden, erhält der Produzent nach dem Recht dieser Vertragspartei.

(3) Gemeinschaftsproduktionen, auf die dieses
Abkommen Anwendung finden soll, bedürfen vor Drehbeginn der Anerkennung durch die zuständigen
Behörden beider Staaten, die vor Erteilung das Einvernehmen herstellen. Die zuständige Behörde
in Österreich ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, in der Schweiz das
Bundesamt für Kultur.

(4) Die Anerkennung ist unter dem ausdrücklichen
Vorbehalt der Verwirklichung des eingereichten Gemeinschaftsproduktionsvorhabens zu erteilen.

Artikel 3

Die für eine Gemeinschaftsproduktion vorgesehenen Vergünstigungen werden Produzenten gewährt, die über eine gute technische und finanzielle
Organisation sowie über ausreichende Berufsqualifikation verfügen.

Artikel 4

Die Anerkennung wird gewährt, wenn die
Gemeinschaftsproduzenten folgendes vereinbart haben:

1. Die Beteiligung der Gemeinschaftsproduzenten setzt sich aus finanziellen, künstlerischen und technischen Beiträgen zusammen. Der künstlerische und technische Beitrag jedes Gemeinschaftsproduzenten soll seinem finanziellen Beitrag entsprechen.
2. Die Mindestbeteiligung des Minderheitsproduzenten an den Herstellungskosten des Films beträgt 20 Prozent.
3. Nach Maßgabe der technischen Voraussetzungen werden Kopierwerkstätten und die Tonverarbeitung (Mischung, Synchronisation, usw.) im Geltungsbereich dieses Abkommens ausgeführt. Bei Außenaufnahmen in Drittländern kann insbesondere vereinbart werden, daß die entsprechenden Teile des Bildausgangsmaterials in diesen Ländern entwickelt und davon Muster gezogen werden. Ein Ausgleich in der Benutzung der technischen Mittel der Vertragsparteien ist anzustreben.
4. Sofern die Voraussetzungen gegeben sind, werden Atelieraufnahmen in Ateliers durchgeführt, die in Österreich oder in der Schweiz liegen.
5. Jeder Gemeinschaftsproduzent wird Miteigentümer des Bild- und Ton-Originalausgangsmaterials und hat Anspruch auf Kopierausgangsmaterialien, wie Internegativ, Tonnegativ und dergleichen in der Fassung seiner eigenen Sprache. Das Herstellen von Kopierausgangsmaterial in anderen Sprachen als jenen der Vertragsparteien bedarf des Einvernehmens der Gemeinschaftsproduzenten. Von der Endfassung des Films werden nach Maßgabe der Notwendigkeiten der Gemein-

schaftsproduzenten Original- oder synchronisierte oder untertitelte Fassungen in einer der Landessprachen der Gemeinschaftsproduzenten hergestellt. Diese Fassungen können Dialogstellen in einer anderen Sprache enthalten, soweit dies nach dem Drehbuch erforderlich ist.

6. Die Einnahmen aus allen Verwertungsarten werden entsprechend der finanziellen Beteiligung eines jeden Gemeinschaftsproduzenten aufgeteilt. Im Falle der Abgrenzung von Auswertungsgebieten und -bereichen sind die Marktgröße und der Wert zu berücksichtigen.
7. Die Gemeinschaftsproduzenten regeln einvernehmlich den Weltvertrieb.
8. Ein in Gemeinschaftsproduktion hergestellter Film ist auf Filmfestspielen in der Regel als Beitrag des Mehrheitsproduzenten oder desjenigen Gemeinschaftsproduzenten vorzuführen, der den Regisseur stellt. Abweichende Regelungen bleiben den Gemeinschaftsproduzenten vorbehalten.

Artikel 5

(1) Die an der Herstellung des Films Beteiligten müssen, was die Republik Österreich betrifft, die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen oder zum zeitlich unbeschränkten Aufenthalt im Bundesgebiet berechtigt sein und die Berechtigung zur Arbeitsaufnahme in Österreich besitzen. Was die Schweizerische Eidgenossenschaft betrifft, müssen sie die schweizerische Nationalität oder ständigen Wohnsitz in der Schweiz besitzen. Können Personen nach diesen Bestimmungen beiden Staaten zugerechnet werden, so haben sich die Gemeinschaftsproduzenten über die Zuordnung zu einigen. Kommt es zu keiner Einigung, so werden diese Personen dem Staat jenes Gemeinschaftsproduzenten zugeordnet, der sie vertraglich verpflichtet.

(2) Die künstlerische oder technische Beteiligung des Minderheitsproduzenten ist dann gegeben, wenn der von ihm gestellte Anteil der künstlerisch oder organisatorisch entscheidungsberechtigten Personen mindestens der finanziellen Beteiligung entspricht.

(3) Außerdem soll der schweizerische Minderheitsproduzent grundsätzlich Filmtechniker und Darsteller proportional zu seiner finanziellen Beteiligung stellen.

(4) Die zuständigen Behörden können im gegenseitigem Einvernehmen Ausnahmen von den Voraussetzungen der Absätze 1, 2 und 3 gestatten, sofern diese den jeweiligen innerstaatlichen Bestimmungen entsprechen.

Artikel 6

Titelvor- bzw. -nachspann und Werbematerial der Gemeinschaftsproduktion müssen den Hinweis enthalten, daß es sich um eine Gemeinschaftsproduktion von Produzenten beider Staaten handelt.

Artikel 7

(1) Im Rahmen dieses Abkommens anerkennen die zuständigen Behörden als Gemeinschaftsproduktionen auch solche Filme, die von Produzenten der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zusammen mit Produzenten dritter Staaten, mit denen der eine oder der andere Staat ein Abkommen über Gemeinschaftsproduktionen geschlossen hat, hergestellt werden.

(2) Die Bestimmungen von Artikel 4, Ziffer 1 sowie Artikel 5, Absatz 1, 2 und 3 gelten für Gemeinschaftsproduktionen im Sinne des Absatz 1 dieser Vorschrift, jedoch ist eine Beteiligung des Minderheitsproduzenten in Höhe von 15 Prozent ausreichend. Die von den Vertragsparteien mit Drittstaaten abgeschlossenen Abkommen sind dabei zu berücksichtigen.

(3) Bei Gemeinschaftsproduktionen mit Drittstaaten kann in gegenseitigem Einvernehmen der Vertragsparteien in besonderen Ausnahmefällen eine finanzielle Mindestbeteiligung von 10 Prozent zugelassen werden, sofern ein Ausgleich beim künstlerischen oder technischen Beitrag vorgesehen ist.

Artikel 8

Nach Möglichkeit erleichtert jede Vertragspartei im Rahmen des jeweils geltenden innerstaatlichen Rechts bei anerkannten Gemeinschaftsproduktionen insbesondere

- a) die Einreise, den zeitweiligen Aufenthalt sowie die Erlangung der Beschäftigungsbewilligung des technischen, künstlerischen und kaufmännischen Personals der Gemeinschaftsproduzenten,
- b) die Ein- und Ausfuhr von technischem und anderem Drehmaterial von Gemeinschaftsproduzenten.

Artikel 9

Der Antrag auf Anerkennung einer Gemeinschaftsproduktion ist unter Berücksichtigung der in der Anlage zu diesem Abkommen enthaltenen Durchführungsbestimmungen bei den jeweils zuständigen Behörden zu stellen. Die Anlage bildet einen Bestandteil des Abkommens.

Artikel 10

Die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien unterrichten einander jeweils über die Erteilung, Versagung, Änderung oder Rücknahme der Anerkennung von Gemeinschaftsproduktionen sowie erforderlichenfalls über für Gemeinschaftsproduktionen wichtige Entwicklungen.

Filmaustausch**Artikel 11**

Die Vertragsparteien bekräftigen ihren Willen, die Verbreitung und Auswertung der Filme des jeweils anderen Landes im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.

Verleihförderung**Artikel 12**

Zur Ermöglichung der Erfüllung der kulturellen Funktion des Films und für den Fall, daß in beiden Vertragsstaaten Maßnahmen für die Förderung des Filmverleihs ergriffen werden, sehen sie nach Maßgabe der verfügbaren Mittel und nach dem Recht der jeweiligen Vertragspartei auch Filmen offen, die keine Gemeinschaftsproduktion darstellen, unter der Voraussetzung, daß diese Filme in einem der Staaten der beiden Vertragsparteien hergestellt wurden und die Förderung in jedem der beiden Staaten gewährt werden kann.

Allgemeine Bestimmungen**Artikel 13**

(1) Unter Bedachtnahme auf die kulturellen und wirtschaftlichen Eigenheiten der beiden Vertragspartner wird eine Gleichgewichtigkeit des Leistungsaustausches angestrebt werden.

(2) Die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien beobachten laufend die Anwendungsbedingungen des vorliegenden Abkommens und beheben allenfalls bei der praktischen Umsetzung entstehende Schwierigkeiten. Sie schlagen allenfalls Änderungen vor, sobald solche zur Förderung der

Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Films im gemeinsamen Interesse beider Staaten liegen.

Artikel 14

(1) Zur Überprüfung der Anwendung dieses Abkommens wird eine Gemischte Kommission gebildet, die sich aus Vertretern der Regierungen und der betroffenen Fachkreise der beiden Staaten zusammensetzt. Diese Kommission kann auch Änderungen des Abkommens vorschlagen sowie Vorschläge erörtern, die die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Films fördern.

(2) Während der Laufzeit dieses Abkommens tritt die Kommission in der Regel alle zwei Jahre zusammen, und zwar abwechselnd in Österreich und in der Schweiz; sie kann ferner auf Antrag einer der Vertragsparteien einberufen werden, insbesondere bei wichtigen Änderungen der für den Film geltenden Vorschriften. In diesem Fall tritt die Kommission innerhalb einer Frist von einem Monat zusammen.

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats nach dem Monat in Kraft, in dem die beiden Vertragsparteien einander schriftlich auf diplomatischem Wege mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten gegeben sind. Die Schweizerische Eidgenossenschaft wird das Abkommen vom Tage der Unterzeichnung an provisorisch anwenden.

(2) Dieses Abkommen wird für die Dauer von drei Jahren ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens geschlossen; es wird stillschweigend für den gleichen Zeitraum erneuert, sofern es nicht durch eine der Vertragsparteien sechs Monate vor Ablauf gekündigt wird. Die zur Zeit der Kündigung des Abkommens laufenden Gemeinschaftsproduktionen genießen bis zu ihrer vollständigen Verwirklichung alle seine Vergünstigungen. Ist das vorliegende Abkommen abgelaufen, so bestimmen seine Regeln über das Ablaufdatum hinaus weiterhin die Liquidation der Erlöse der Gemeinschaftsproduktionen.

(3) Dieses Abkommen findet auch Anwendung auf Verträge über Gemeinschaftsproduktionen, die nach dem 1. Jänner 1990 abgeschlossen wurden.

**ANLAGE: Durchführungsbestimmungen
GESCHEHEN zu Wien, am 11. Mai 1990 in
zwei Urschriften**

Für die Regierung der Republik Österreich:

Dr. WOLFGANG SCHÜSSEL

Für den Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

JEAN-PIERRE RITTER

ANLAGE

Durchführungsbestimmungen

1. Die Produzenten beider Vertragsparteien müssen, um in den Genuß der Bestimmungen des Abkommens zu gelangen, spätestens dreißig Tage vor Beginn der Dreharbeiten einen Antrag auf Anerkennung der Gemeinschaftsproduktion (Artikel 2 Abs. 3 des Abkommens) an ihre jeweilige Behörde richten.

2. Den Anträgen sind insbesondere folgende, inhaltlich jeweils übereinstimmende Unterlagen anzuschließen:

- a) Der Gemeinschaftsproduktionsvertrag zwischen den Gemeinschaftsproduzenten; Unter Vorbehalt der Anerkennung geschlossene Verträge genügen;
- b) ein detailliertes Drehbuch oder ein anderes Manuskript, das über den geplanten Stoff und seine Gestaltung ausreichend Aufschluß gibt;
- c) die Stabs- und Besetzungslisten mit Angabe der Tätigkeiten bzw. Rollen und der Staatsangehörigkeit der Mitwirkenden;
- d) ein Nachweis über den Erwerb oder den möglichen Erwerb jener Rechte, die für die Verfilmung und Verwertung des gegenständlichen Projektes notwendig sind;
- e) die Regelung über die jeweilige Beteiligung aller beteiligten Produzenten an etwaigen Mehrkosten. Die Beteiligung entspricht grundsätzlich dem jeweiligen finanziellen Beitrag, jedoch kann die Beteiligung des Minderheitsproduzenten auf einen geringeren Prozentsatz oder einen bestimmten Betrag beschränkt werden;
- f) eine Kalkulation der voraussichtlichen Gesamtkosten der Herstellung des Filmvorha-

- bens und ein detaillierter Finanzierungsplan;
- g) eine Übersicht über den technischen Beitrag aller beteiligten Produzenten;
- h) ein Terminplan (Arbeitsplan) mit Angabe der voraussichtlichen Drehorte für die Herstellung des Films;

3. Die Behörden können darüber hinaus sonstige für die Beurteilung des Vorhabens notwendige Unterlagen und Erläuterungen anfordern.

4. Die Behörde des Staates mit finanzieller Minderheitsbeteiligung kann ihre Anerkennung erst gewähren, nachdem sie die entsprechende Stellungnahme der Behörde des Staates mit finanzieller Mehrheitsbeteiligung erhalten hat. Die im Staat des Mehrheitsproduzenten zuständige Behörde teilt ihren Entscheidungsvorschlag grundsätzlich innerhalb von zwanzig Tagen, gerechnet von der Einreichung der vollständigen Unterlagen, der zuständigen Behörde des Staates des Minderheitsproduzenten mit. Diese soll ihrerseits ihre Stellungnahme grundsätzlich innerhalb der folgenden zehn Tage übermitteln.

5. Nachträgliche Änderungen des Gemeinschaftsproduktionsvertrages sind den zuständigen Behörden unverzüglich zur Anerkennung vorzulegen.

6. Die Anerkennung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen werden, die sicherstellen, daß die Bestimmungen des Abkommens eingehalten werden.

EXCHANGE OF NOTES — ÉCHANGE DE NOTES

I

REPUBLIK ÖSTERREICH
DR. WOLFGANG SCHÜSSEL
WIRTSCHAFTSMINISTER

Wien, am 11. Mai 1990

Herr Botschafter!

Ich beehre mich, auf das heute zwischen der Regierung der Republik Österreich und dem schweizerischen Bundesrat abgeschlossene Abkommen über die Beziehungen auf dem Gebiete des Films Bezug zu nehmen und dazu folgende Erklärung abzugeben:

1. Die im Artikel 2, Absatz 3 erwähnte Anerkennung durch die zuständigen Behörden erfolgt in Österreich auf privatrechtlicher Grundlage.
2. Zu den in Artikel 3 definierten Förderungsvoraussetzungen tritt für Förderungswerber im Sinne des Artikels 5, Absatz 1, erster Satz das Erfordernis, daß es sich um einen befugten gewerblichen Produzenten handeln muß.
3. Im Verfahren auf Anerkennung einer Gemeinschaftsproduktion, wie es in der Anlage zum

Abkommen umschrieben ist, werden in Österreich vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Fachverband der Audiovisions- und Filmindustrie und die Gewerkschaft Kunst, Medien und freie Berufe angehört.

Ich bitte Ihre Exzellenz, mir das Einverständnis Ihrer Regierung mit diesem Vorschlag bekanntgeben zu wollen. Damit wird dieser Briefwechsel einen integrierenden Bestandteil des Abkommens darstellen.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Dr. WOLFGANG SCHÜSSEL

S. E. Herrn
Botschafter Jean-Pierre Ritter
Schweizerische Botschaft
Wien

II

SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT

Wien, den 11. Mai 1990

Herr Bundesminister,

Ich beehre mich, den Erhalt des Schreibens Ihrer Exzellenz vom heutigen Tage zu bestätigen, welches folgenden Wortlaut hat:

[*See note I — Voir note I*]

Ich beehre mich, Ihnen das Einverständnis meiner Regierung mit dem Vorstehenden mitzuteilen, unter dem Vorbehalt, daß das in Ziffer 2 Ihres Schreibens erwähnte Erfordernis nur für die österreichische Seite gelte.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter,
JEAN-PIERRE RITTER

Seiner Exzellenz
Herrn Dr. Wolfgang Schüssel
Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
Wien

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC
OF AUSTRIA AND THE SWISS FEDERAL COUNCIL CONCERNING
RELATIONS IN THE FIELD OF FILMS (CO-PRODUCTION
AGREEMENT AUSTRIA-SWITZERLAND)

The Government of the Republic of Austria and the Swiss Federal Council,
Anxious to further develop cooperation between the two States in the field of
films,

Desiring to expand and encourage the co-production of films that promote film
production in the two countries,

Have agreed as follows:

CO-PRODUCTION

Article 1

The Contracting Parties shall treat films to be co-produced by producers of the
two States in accordance with the provisions of this Agreement within the frame-
work of their respective national legislation.

Article 2

(1) Films co-produced under this Agreement shall, without prejudice to the
provisions of article 4, paragraph 8, be regarded as national films.

(2) Co-producers shall receive such subsidies, grants and other financial bene-
fits as are provided in the territory of a Contracting Party under its legislation.

(3) Co-productions to which this Agreement applies shall be subject to mu-
tually agreed approval before the start of shooting, by the competent authorities of
the two States: the competent authority in Austria shall be the Bundesministerium
für wirtschaftliche Angelegenheiten (Federal Ministry for Economic Affairs) and in
Switzerland the Bundesamt für Kultur (Federal Office for Culture).

(4) Approval shall be granted on the express condition that the co-production
project submitted is implemented.

Article 3

The privileges available for co-production shall be granted to producers of
satisfactory technical and financial standing and with adequate professional qualifi-
cations.

Article 4

Approval shall be granted if the co-producers agree to the following:

¹ Came into force on 1 November 1990, i.e., the first day of the third month following the month in which the Contracting Parties had informed each other (on 11 June and 22 August 1990) of the fulfilment of their domestic requirements, in accordance with article 15 (1).

(1) Participation by the co-producers shall consist of financial, artistic and technical contributions. The artistic and technical contribution of each co-producer shall be in proportion to his financial contribution.

(2) The minority co-producer shall contribute not less than 20 per cent of the production cost of the film.

(3) To the extent that technical requirements permit, laboratory work and sound processing (mixing, dubbing, etc.) shall be carried out within the scope of this Agreement. In the case of location shooting in third countries, it may in particular be agreed that the relevant parts of the original picture may be developed there and a master copy made. A balance shall be sought in the use of the technical facilities of the Contracting Parties.

(4) To the extent that requirements permit, studio shooting shall be carried out in studios in Austria or Switzerland.

(5) Each co-producer shall be a part of the original picture and sound-track and shall be entitled to original duplication material such as the duplicate negative, sound negative and similar material in his own language version. The consent of the co-producers shall be required for the production of duplication material in languages other than those of the Contracting Parties. An original, dubbed or subtitled version in one of the national languages of the co-producers shall be made from the final version of the film in accordance with the requirements of the co-producers. This version may contain passages of dialogue in another language if the script so requires.

(6) Receipts from all forms of exploitation shall be shared in proportion to the financial participation of each co-producer. Where areas or regions of exploitation are stipulated, the market size and the value shall be taken into account.

(7) The co-producers shall agree on rules for international sales.

(8) In general, a co-produced film shall be shown at film festivals as an entry of the majority co-producer or of the co-producer who provides the director. The co-producers shall retain the right to make other arrangements.

Article 5

(1) The participants in the making of a film must, in the case of the Republic of Austria, be Austrian nationals or authorized to reside indefinitely in the federal territory and to work in Austria; in the case of Switzerland, they must be Swiss nationals or have their permanent residence in Switzerland. If, in accordance with these provisions, persons can be classified as being from both States, the co-producers shall agree upon their classification. If no agreement is reached, these persons shall be classified as being from the State of the co-producer to whom they are under a contractual obligation.

(2) The artistic or technical participation by the minority co-producer shall be sufficient if the proportion of the important artistic or organizational persons provided by him corresponds at least to his financial contribution.

(3) In addition, the Swiss minority co-producer shall in principle provide film technicians and actors in proportion to his financial contribution.

(4) The competent authorities may make exceptions to the provisions of paragraphs 1, 2 and 3 by mutual agreement, provided that they are in conformity with the domestic requirements of the country in question.

Article 6

Title credits or closing credits and advertisement material for co-produced films shall indicate that the film is a co-production by producers of the two countries.

Article 7

(1) The competent authorities shall, within the scope of this Agreement, also recognize as co-productions films made by producers of the Republic of Austria and the Swiss Confederation together with producers of third States with which either of the two States has concluded an agreement concerning co-production.

(2) The provisions of article 4, subparagraph 1, and article 5, paragraphs 1, 2 and 3, shall apply to co-productions within the meaning of paragraph 1 above; a participation by the minority co-producer of 15 per cent shall, however, be deemed sufficient. The agreements concluded by the Contracting Parties with third States shall also be taken into account.

(3) In the case of co-productions with third States, a minority financial contribution of 10 per cent shall be permissible in exceptional cases by mutual agreement between the Contracting Parties, provided that provision is made for a compensatory artistic or technical contribution.

Article 8

To the extent feasible, each Contracting Party shall, within the framework of its respective domestic legislation, facilitate for recognized co-productions above all:

(a) The entry into and temporary residence in its territory of technical, artistic and commercial personnel of the co-producers and the granting to them of work permits;

(b) The import and export of technical and other shooting material of co-producers.

Article 9

Applications for approval of a co-production shall be submitted to the competent authorities in accordance with the implementation procedure annexed to this Agreement. The annex shall be an integral part of the Agreement.

Article 10

The competent authorities of the two Contracting Parties shall inform one another in each case about the granting, refusal, modification or cancellation of approval of co-productions as well as important developments with regard to co-productions where necessary.

EXCHANGE OF FILMS

Article 11

The Contracting Parties affirm their desire to promote to the extent possible the distribution and utilization of films from the other country.

PROMOTION OF DISTRIBUTION

Article 12

In order to make it possible for films to serve a cultural function and in cases where measures have been taken for the promotion of film distribution in the two Contracting States, such measures shall also apply to films which are not co-productions to the extent of the funds available and in accordance with the legislation of the Contracting Parties concerned, provided that the films have been produced in one of the Contracting States and promotion in each of the two States can be guaranteed.

GENERAL PROVISIONS

Article 13

(1) With account taken of the cultural and economic characteristics of the two Contracting Parties, a balance shall be sought in the exchange of goods and services.

(2) The competent authorities of the two Contracting Parties shall continuously monitor the conditions for the implementation of this Agreement and shall, if necessary, resolve any difficulties arising in the course of its implementation. They shall, if need be, propose changes as soon as such changes are in the common interest of the two States for the promotion of cooperation in the field of films.

Article 14

(1) A mixed commission composed of representatives of the Governments and competent experts of the two countries shall be established to monitor the implementation of this Agreement. The commission may also propose amendments to the Agreement and consider proposals which promote cooperation in the field of films.

(2) While this Agreement is in effect, the commission shall meet as a rule every two years, alternately in Austria and Switzerland; it may also be convened at the request of either Contracting Party, especially in the event of an important change in the regulations governing films. In that case, the commission shall meet within one month.

Article 15

(1) This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the two Contracting Parties have notified each other in writing through the diplomatic channel of the fulfilment of the respective domestic requirements for its entry into force. The Swiss Confederation shall implement the Agreement provisionally from the date of its signature.

(2) This Agreement shall be concluded for three years from the date of entry into force; it shall be extended automatically for the same period of time unless one of the Contracting Parties gives notice of termination six months before the expiry of this period. Co-productions in progress at the time of notice of termination of the Agreement shall enjoy all its privileges until they are completed. If this Agreement has expired, its rules shall continue to be applicable beyond the date of expiry with regard to liquidation of the proceeds from co-productions.

(3) This Agreement shall also be applicable to co-production agreements concluded after 1 January 1990.

Annex: Implementation provisions

DONE at Vienna on 11 May 1990 in two copies.

For the Government
of the Republic of Austria:
Dr. WOLFGANG SCHÜSSEL

For the Federal Council
of the Swiss Confederation:
JEAN-PIERRE RITTER

ANNEX

IMPLEMENTATION PROVISIONS

1. In order to benefit from the provisions of the Agreement, producers of the two Contracting Parties shall submit an application for approval of a co-production (article 2, paragraph 3, of the Agreement) to their respective authorities no later than 30 days before the commencement of shooting.

2. In particular, the following documents corresponding to the substance in each case shall be attached to the application:

(a) The co-production contract between the co-producers; contracts concluded subject to approval shall be sufficient;

(b) A detailed script or other manuscript providing adequate information on the planned subject-matter and its treatment;

(c) The staff and cast lists indicating activities or roles and the nationality of the participants;

(d) Proof that the rights required for the filming and marketing of the project in question have been or may be acquired;

(e) The arrangement regarding the respective shares of the two producers in any additional costs. In principle, such shares shall be proportional to their respective financial contributions, although the share of the minority producer may be limited to a lower percentage or to a fixed amount;

(f) An estimate of the probable total production cost of the film and a detailed financing plan;

(g) A summary of the technical contribution of all participating producers;

(h) A timetable (work schedule) with information on the proposed shooting locations for the film.

3. The authorities may also require other documentation and information necessary for their assessment of the project.

4. The authorities of the State making the minority financial contribution may withhold their approval until they have received the relevant statement of position from the authorities of the State making the majority financial contribution. In principle, the competent authorities of the State of the majority co-producer shall inform the competent authorities of the State of the minority co-producer of their proposed decision within 20 days from the receipt of all the documents. In principle, the competent authorities of the State of the minority co-producer shall state their decision in the following 10 days.

5. Subsequent amendments to the co-production contract shall be submitted immediately to the competent authorities for approval.

6. Approval may be made subject to conditions and terms which ensure compliance with the provisions of the Agreement.

EXCHANGE OF NOTES

I

REPUBLIC OF AUSTRIA
DR. WOLFGANG SCHÜSSEL
MINISTER OF ECONOMIC AFFAIRS

Vienna, 11 May 1990

Sir,

I have the honour to refer to the Agreement concluded today between the Government of the Republic of Austria and the Swiss Federal Council concerning relations in the field of films and to provide the following clarification:

1. The approval by the competent authorities referred to in article 2, paragraph 3, will take place in Austria on the basis of private law.

2. The prerequisites for support stipulated in article 3 include the requirement with respect to applicants for support within the meaning of the first sentence of article 5, paragraph 1, that the applicant must be a qualified professional producer.

3. The procedure for approval of a co-production described in the annex to the Agreement shall include in Austria consultation by the Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten of the Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Fachverband der Audiovisions- und Filmindustrie and the Gewerkschaft Kunst, Medien und freie Berufe.

I request that you inform me of your Government's agreement to this proposal. This exchange of letters will then constitute an integral part of the Agreement.

Accept, Sir, etc.

Doctor WOLFGANG SCHÜSSEL

His Excellency Ambassador Jean-Pierre Ritter
Swiss Embassy
Vienna

II

SWISS EMBASSY
VIENNA

11 May 1990

I have the honour to acknowledge receipt of your letter of today, which reads as follows:

[See note I]

I have the honour to inform you of my Government's agreement to this proposal, subject to the reservation that the requirement referred to in paragraph 2 of your note shall be applicable only for the Austrian side.

Accept, Sir, etc.

JEAN-PIERRE RITTER
Ambassador of Switzerland

His Excellency Dr. Wolfgang Schüssel
Federal Minister for Economic Affairs
Vienna

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
D'AUTRICHE ET LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE RELATIF
AUX RELATIONS EN MATIÈRE DE FILMS (ACCORD RELATIF
AUX COPRODUCTIONS AUTRICHE-SUISSE)

Le Gouvernement de la République d'Autriche et le Conseil fédéral suisse,
Désireux de développer leur coopération dans le domaine cinématographique,
Souhaitant intensifier et favoriser la coproduction de films propres à encourager la création cinématographique dans les deux pays,

Sont convenus de ce qui suit :

COPRODUCTION

Article premier

Dans les limites de leurs législations respectives, les Parties contractantes soumettent aux dispositions du présent Accord les films réalisés en coproduction par des producteurs des deux pays.

Article 2

1) Les films réalisés en coproduction dans le cadre du présent Accord sont considérés comme des films nationaux, indépendamment des dispositions du paragraphe 8 de l'article 4 du présent Accord.

2) Les subventions, aides et autres avantages financiers accordés à un producteur sur le territoire de l'une des Parties contractantes sont régis par la législation du pays de ladite Partie contractante.

3) Avant le tournage, les coproductions auxquelles on entend appliquer les présentes dispositions doivent être reconnues en tant que telles, d'un commun accord, par les autorités compétentes de chaque pays. Les autorités compétentes sont, pour l'Autriche, le Ministère fédéral des affaires économiques et, pour la Suisse, l'Office fédéral de la culture.

4) La reconnaissance est accordée sous réserve de la réalisation du projet de coproduction soumis.

Article 3

Les avantages prévus au titre de la coproduction sont accordés aux producteurs ayant une bonne organisation technique et financière ainsi que des qualifications professionnelles suffisantes.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} novembre 1990, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi le mois au cours duquel les Parties contractantes s'étaient informées (les 11 juin et 22 août 1990) de l'accomplissement des conditions prévues par leur droit national, conformément au paragraphe 1 de l'article 15.

Article 4

Sont reconnues les coproductions dont les coproducteurs sont convenus des dispositions suivantes :

1. La participation des coproducteurs comporte un apport financier, artistique et technique. L'apport artistique et technique de chaque coproducteur doit être proportionnel à son apport financier.

2. Le producteur minoritaire participe aux frais de réalisation du film à raison de 20 p. 100 au moins.

3. Autant que les conditions techniques le permettent, les travaux de copie et de sonorisation (mixage, synchronisation, etc.) ont lieu dans le domaine d'application du présent Accord. En cas d'exception dans un pays tiers, il peut être convenu exceptionnellement que les parties correspondantes du matériel filmé de départ sont développées dans ce pays et que des copies en sont tirées. Il convient de veiller à ce que les moyens techniques utilisés par les deux Parties contractantes s'équilibrent.

4. Pour autant que les conditions le permettent, les prises de vues en studio ont lieu dans des studios situés en Autriche ou en Suisse.

5. Chaque coproducteur est copropriétaire du matériel original filmé et sonore et a droit à des copies telles qu'internégatifs, bandes son, etc., dans la version de sa langue. Il ne peut être établi de copies finales dans d'autres langues que celles des Parties contractantes qu'avec l'autorisation des coproducteurs. Avant la production finale du film, dans la mesure où cela est nécessaire, des versions originales ou synchronisées ou des versions sous-titrées sont établies dans l'une des langues nationales des coproducteurs. Ces versions peuvent comporter des portions de dialogue dans une autre langue si le scénario l'exige.

6. Les recettes provenant de tous les produits de la coproduction sont réparties entre les coproducteurs au prorata de leur participation financière. Dans les cas où les domaines d'exploitation seraient limités, il sera tenu compte de la taille du marché et de la valeur.

7. Les coproducteurs conviennent de dispositions concernant l'exploitation mondiale.

8. Les films produits en coproduction sont présentés dans les festivals, en règle générale, comme étant la production du producteur majoritaire ou du coproducteur qui a fourni le metteur en scène. Les coproducteurs peuvent convenir d'exceptions à cette règle.

Article 5

1) Les personnes participant à la réalisation du film doivent, en ce qui concerne la République d'Autriche, être de nationalité autrichienne ou avoir un permis de séjour de durée illimitée sur le territoire fédéral et un permis de travail en Autriche. En ce qui concerne la Confédération suisse, elles doivent être de nationalité suisse ou avoir leur résidence permanente en Suisse. Si certaines de ces personnes remplissent ces conditions dans les deux pays à la fois, les coproducteurs déterminent d'un commun accord le pays dont ces personnes relèvent. Si les coproducteurs ne parviennent pas à s'entendre, ces personnes relèvent du pays du coproducteur auquel elles sont liées par contrat.

2) La participation artistique ou technique du producteur minoritaire est assurée lorsque la proportion du personnel artistique ou du personnel de gestion

fourni par lui et participant aux décisions correspond au moins à sa participation financière.

3) En outre, le producteur minoritaire suisse doit en principe fournir des techniciens et des acteurs en proportion de sa participation financière.

4) Les autorités compétentes peuvent convenir d'exceptions aux dispositions énoncées aux paragraphes 1, 2 et 3 du présent article, sous réserve que leur législation nationale le permette.

Article 6

Le générique de début ou de fin ainsi que le matériel publicitaire du film réalisé en coproduction doivent mentionner qu'il s'agit d'une coproduction entre les deux pays.

Article 7

1) Dans le cadre du présent Accord, les autorités compétentes reconnaissent aussi en tant que coproduction les films réalisés par des producteurs de la République d'Autriche et des producteurs de la Confédération suisse en coproduction avec des producteurs d'Etats tiers avec lesquels l'une ou l'autre des Parties contractantes a conclu un Accord de coproduction.

2) Les dispositions du paragraphe 1 de l'article 4 et des paragraphes 1, 2 et 3 de l'article 5 du présent Accord s'appliquent aux coproductions visées au paragraphe 1 du présent article; toutefois, il suffit que la production du producteur minoritaire soit de 15 p. 100. Ce faisant, il convient de tenir compte des dispositions des accords conclus par les Parties contractantes avec un Etat tiers.

3) En cas de coproduction avec un Etat tiers, les Parties contractantes peuvent convenir, en particulier dans les cas exceptionnels, qu'une participation minoritaire de 10 p. 100 est suffisante dans la mesure où elle est compensée par une participation artistique ou technique.

Article 8

Dans le cas de coproduction reconnue, chacune des Parties contractantes facilite autant que possible, dans le cadre de sa législation nationale, en particulier,

a) L'entrée et le séjour temporaire sur son territoire du personnel technique, artistique et commercial des coproducteurs, ainsi que l'octroi de permis de travail;

b) L'importation et l'exportation du matériel technique et autre matériel de tournage des coproducteurs.

Article 9

Les producteurs tiennent compte, dans le demande de reconnaissance d'une coproduction qu'ils adressent aux autorités compétentes, des dispositions d'application énoncées à l'annexe au présent Accord. Cette annexe fait partie intégrante de l'Accord.

Article 10

Les autorités compétentes des deux Parties contractantes se communiquent des informations concernant l'octroi, le refus, la modification ou la révocation des reconnaissances portant sur une coproduction ainsi que, le cas échéant, les faits importants pour les coproductions.

ECHANGE DE FILMS

Article 11

Dans la mesure de leurs possibilités, les Parties contractantes affirment l'intention de faciliter dans chacun de leurs pays la diffusion et l'exploitation de films venant de l'autre pays.

DISPOSITIONS FAVORISANT LA DISTRIBUTION

Article 12

Afin de favoriser les fonctions culturelles de la cinématographie et au cas où, dans les deux Etats, des mesures seraient prises pour encourager la distribution des films, pour autant que les moyens disponibles et la législation de chacune des Parties contractantes le permettent, ces mesures sont prises aussi dans le cas des films qui ne sont pas réalisés en coproduction, à condition qu'ils aient été réalisés dans l'un des deux Etats contractants et que les mesures de promotion puissent être prises dans chacun des deux Etats contractants.

DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article 13

1) Compte tenu des particularités culturelles et économiques des deux Parties contractantes, on s'efforcera d'établir un équilibre dans l'échange des prestations.

2) Les autorités compétentes des deux Parties contractantes surveilleront les conditions d'application du présent Accord et s'emploieront, le cas échéant, à résoudre les difficultés d'application pratique. Le cas échéant, elles proposeront sans retard les modifications nécessaires pour encourager la coopération dans le domaine cinématographique, si cela est dans l'intérêt commun des deux Parties.

Article 14

1) Une commission mixte composée de représentants des deux gouvernements et des milieux professionnels intéressés de chacune des Parties contractantes est constituée pour surveiller l'application du présent Accord. Cette commission peut aussi proposer des modifications de l'Accord et examiner les propositions favorables à la coopération dans le domaine cinématographique.

2) Pendant la durée du présent Accord, la commission se réunit en règle générale tous les deux ans, alternativement en Autriche et en Suisse; elle peut aussi être convoquée sur demande de l'une des Parties contractantes, notamment en cas de modification importante de la réglementation applicable au cinéma. Dans ce cas, la commission se réunit dans un délai d'un mois.

Article 15

1) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant le mois au cours duquel les deux Parties contractantes se seront notifiées par écrit, par la voie diplomatique, que les conditions prévues par leur droit national sont remplies. La Confédération suisse appliquera provisoirement le présent Accord dès le jour de sa signature.

2) Le présent Accord est conclu pour une durée de trois ans à partir de la date de son entrée en vigueur; il sera ensuite prorogé automatiquement de trois ans en

trois ans, à moins que l'une des Parties contractantes ne le dénonce avec un préavis de six mois. Les coproductions en cours de réalisation au moment de la dénonciation bénéficieront de toutes les facilités prévues par l'Accord jusqu'à leur achèvement complet. En cas de dénonciation du présent Accord, à l'issue de sa période de validité, ses dispositions continueront de déterminer la liquidation du produit des coproductions.

3) Le présent Accord s'applique aussi aux contrats de coproduction conclus après le 1^{er} janvier 1990.

Annexe : Dispositions d'application.

FAIT à Vienne le 11 mai 1990 en deux exemplaires originaux.

Pour le Gouvernement
de la République d'Autriche :

WOLFGANG SCHÜSSEL

Pour le Conseil fédéral
de la Confédération suisse :

JEAN-PIERRE RITTER

ANNEXE

DISPOSITIONS D'APPLICATION

1. Pour bénéficier des dispositions de l'Accord, les producteurs de chacune des Parties contractantes doivent adresser une demande de reconnaissance de la coproduction prévue (par. 3 de l'art. 2 de l'Accord) à leurs autorités respectives, 30 jours au moins avant le début du tournage.

2. La demande de reconnaissance doit être accompagnée notamment des documents suivants correspondants :

a) Le contrat de coproduction entre les coproducteurs; sous réserve de la reconnaissance, les contrats conclus suffisent;

b) Un scénario détaillé ou autre manuscrit donnant suffisamment d'informations sur le sujet prévu et la façon de le traiter;

c) Deux listes, l'une indiquant les membres de l'équipe et leurs activités, l'autre la distribution des rôles, avec à chaque fois la nationalité des intéressés;

d) Un document attestant l'acquisition ou la possibilité d'acquisition des droits permettant de filmer ou d'exploiter le projet;

e) L'arrangement pris par tous les coproducteurs quant à la participation de chacun d'eux à d'éventuels frais supplémentaires. La participation de chaque producteur est en principe proportionnelle à son apport financier, la participation du producteur minoritaire pouvant toutefois être limitée à un pourcentage inférieur ou à un certain montant;

f) Un calcul des coûts d'ensemble prévus de la réalisation cinématographique et un plan de financement détaillé;

g) Un document indiquant la contribution technique de tous les producteurs participant au projet;

h) Un plan de travail indiquant les lieux de tournage prévus pour la production du film.

3. Afin d'être mieux à même d'apprécier le projet de film, les autorités des deux pays peuvent demander des documents et explications supplémentaires.

4. Les autorités du pays à participation financière minoritaire ne peuvent donner leur approbation qu'après avoir reçu l'avis des autorités du pays à participation financière majoritaire. Les autorités compétentes du pays du producteur majoritaire adressent leur proposition de décision aux autorités compétentes du pays du producteur minoritaire en principe dans les 20 jours suivant la réception du dossier complet de la demande. Quant aux autorités du pays du producteur minoritaire, elles doivent en principe donner leur avis dans les dix jours à compter de la réception de cette proposition.

5. Les modifications apportées ultérieurement au contrat de coproduction doivent être soumises dans les plus brefs délais pour reconnaissance aux autorités compétentes des deux pays.

6. La reconnaissance peut être assortie de conditions et charges garantissant le respect des dispositions de l'Accord.

ÉCHANGE DE NOTES

I

RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE
WOLFGANG SCHÜSSEL
MINISTRE DE L'ÉCONOMIE

Vienne, le 11 mai 1990

Monsieur l'Ambassadeur,

J'ai l'honneur de me référer à l'Accord conclu ce jour entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la Confédération suisse relatif aux relations en matière de films et de déclarer ce qui suit :

1. La reconnaissance par les autorités compétentes visée au paragraphe 3 de l'article 2 de l'Accord a lieu en Autriche sur la base du droit privé.

2. En ce qui concerne les avantages définis à l'article 3, les personnes visées à la première phrase du paragraphe 1 de l'article 5 doivent être habilitées par un diplôme à exercer la profession de producteur.

3. Aux fins de la reconnaissance d'une coproduction dont les modalités sont définies dans l'annexe à l'Accord, il est demandé en Autriche l'avis du Ministère fédéral des affaires économiques, de la Chambre fédérale de l'artisanat, de l'Association de l'industrie de l'audiovision et du film et du Syndicat des arts, des médias et des professions libres.

Je serais reconnaissant à Votre Excellence de bien vouloir me faire savoir si la présente proposition rencontre l'agrément de son Gouvernement. Dans l'affirmative, la présente note et la note d'acceptation feront partie intégrante de l'Accord.

Veuillez agréer, etc.

WOLFGANG SCHÜSSEL

Son Excellence
Monsieur l'Ambassadeur Jean-Pierre Ritter
Ambassadeur de Suisse
Vienne

II

AMBASSADE DE SUISSE

Vienne, le 11 mai 1990

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre de ce jour, dont le texte est le suivant :

[Voir note I]

Cette proposition rencontre l'agrément de mon Gouvernement, sous réserve que les dispositions énoncées au paragraphe 2 de votre note ne s'appliquent qu'à la Partie autrichienne.

Veillez agréer, etc.

L'Ambassadeur de Suisse,
JEAN-PIERRE RITTER

Son Excellence
Monsieur Wolfgang Schüssel
Ministre fédéral des affaires économiques
Vienne
